

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

52 (9.7.1946)



BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH
Karlsruhe a. Rh., Lammstraße 1b-5, Tel. 4051/53.
Erscheinungsweise: 3mal wöchentlich. Bezugspreis: 1,20 RM. Einzelheft: 20 Pfg.
Für Buchzahl (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.)

1. Jahrgang

Karlsruhe, Dienstag, 9. Juli 1946

Nummer 52

Einzelverkaufspreis 20 Pfg.
Monatlich: Beispielsweise RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,50 zuzügl. RM 0,36 Zustellgebühr.
Anzeigenpreis: Die 10gesp. Nonp-Zelle RM 2,- in Beispielsweise RM 1,-. Anst. Anz. die Hälfte.

Truman glaubt an Erfolg der Friedenskonferenz

Gegensätze über die Geschäftsordnung — Frankreich gegen deutsche Zentralregierung — Protestdemonstration in Rom und Triest

Gettysburg (Pennsylvania), 8. Juli. (AP) Präsident Truman erklärte hier vor Pressevertretern, er betrachte die Aussichten auf einen Erfolg der bevorstehenden Friedenskonferenz als günstig.

Paris, 8. Juli. (DANA) Artikel 12 der Verfassung der Ver. Nationen sieht vor, daß gewisse Änderungen internat. Verträge durch die UN empfohlen werden können, wenn sie für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Welt zweckmäßig erscheinen.

Weltkrieg angewandt worden sind. Nach Ansicht der „Times“ würde die Gewährung solcher Machtbefugnisse an einen alliierten Kontrollausschuß tatsächlich die Abtrennung des Ruhrgebietes vom übrigen Deutschland bedeuten.

Während erneuter Demonstrationen in Triest griff, wie Reuter meldet, die Menge britische Soldaten und alliierte Korrespondenten an. Die Polizei gebrauchte Tränengas und versuchte die Demonstrationen aufzulösen.

DANA funkt:

Aus aller Welt

Washington. Die fünfte Sitzung des UNRRA Rates wird, wie der Generaldirektor der UNRRA L. C. Gray am 5. August in Gen. bekanntgab, am 1. September in Palästina durch die UNRRA ihre volle Unterstützung zugesagt und wird über die ehemaligen Gebäude des Völkerbundes zur Verfügung stellen.

London. Der Oberbürgermeister von Palästina, Dr. Herzog, hat an alle Kirchenoberhäupter in Großbritannien und den Ver. Staaten Telegramme gerichtet, in denen er über die Massenverhaftungen jüdischer Persönlichkeiten in Palästina durch britische Truppen Protest erhebt.

Wellington (England). Anthony Eden, stellvertretender Leiter der Opposition im britischen Parlament, übte in einer Rede scharfe Kritik an einigen innenpolitischen Maßnahmen der Labour-Regierung. Er warf der Regierung vor, daß sie ein „bedauerndes Unvermögen“ bei der Bewältigung der Verwaltungprobleme an den Tag gelegt habe und forderte eine umfassendere Analyse der Gründe, die zur Brotkratie führten.

Paris. Der ehemalige französische Ministerpräsident Paul Reynaud wurde am 5. d. Mts. in seiner Eigenschaft als Abgeordneter der Nationalversammlung bestätigt, nachdem ein Antrag der Kommunisten auf Aberkennung seines Sitzes mit 29 gegen 132 Stimmen abgelehnt wurde. (AP)

Warschau. Bei jüdenfeindlichen Ausschreitungen in Kielce wurden 37 Juden getötet und 32 verletzt.

Rom. Die Vertreter der drei großen italienischen Parteien — der Christlich-Demokraten, der Sozialisten und Kommunisten — hielten Besprechungen über die Lohnfrage ab. Im Anschluß an die Sitzung, die in der Kanzlei des Gaspari abgehalten wurde, gab der kommunistische Delegierte Soccio Marro bekannt, daß über die Frage der Löhne allgemeine Übereinstimmung erzielt und der Standpunkt der Kommunisten grundsätzlich angenommen worden sei.

Bukarest. In Rumänien ist die Todesstrafe durch ein am 6. d. Mts. veröffentlichtes Gesetz abgeschafft worden.

Bombay. Der allindische Kongreß-Ausschuß entschied am Sonntag mit 204 gegen 150 Stimmen die Beschlüsse des Arbeitsausschusses der Kongreßpartei zu ratifizieren und dem allindischen Kongreß-Vorstand die Ratifizierung der britischen Kommismission für die Unabhängigkeit Indiens anzunehmen. (AP)

Bombay. Pandit Nehru wurde am 6. Juli formell in sein Amt als Präsident der Kongreßpartei eingeführt, nachdem Dr. Azad in einer Versammlung des allindischen Kongresses die Preisentscheidung niedergelegt hatte.

Letzte Neuigkeiten

Wiesbaden, 9. Juli. (DANA) Zu der Mitteilung des großhessischen Ministeriums für Arbeit und Wohlfahrt von Anfang Mai, daß nach der Bekanntgabe des Reparationskomitees für Österreich deutsche Staatsangehörige persönliches Eigentum aus Österreich über Augsburg zurückzuführen könnten, teilte das Ministerium am 8. Juli mit, daß diese Möglichkeit nicht besteht. Das Reparationskomitee ist von dem militärischen Dienststellen nicht anerkannt worden.

Teheran, 9. Juli. (DANA) Der persische Premierminister Qasim Sultana hat unterzeichnet am Montag die in Teheran akkreditierten Vertreter der Vereinigten Staaten, Großbritannien, der Sowjetunion, Frankreichs und Chinas, daß Iran einen Sitz bei der kommenden allgemeinen Friedenskonferenz beansprucht. „Iran hat das Außerste getan, um zur Sicherstellung des Sieges beizutragen und hat daher auch das Recht, an der Friedenskonferenz teilzunehmen.“

Sprechtag der Nachrichten-Kontrollabteilung

Nauheim, 8. Juli. (DANA) Herr Dr. Bert L. Wernher wird am 10., 11. und 12. Juli bei der Nachrichten-Kontrollabteilung für Württemberg-Naden in Stuttgart anwesend sein und Sprechtag während der üblichen Arbeitsstunden im Gebäude der Nachrichten-Kontrollabteilung Stuttgart abhalten.

Währungsumstellung in Kanada

Ottawa, 8. Juli. (AP) Der Wechselkurs des kanadischen Dollars wurde am 7. d. Mts. um Mitternacht auf Parität mit dem amerikanischen Dollar gestellt, so teilte der kanadische Finanzminister H. J. A. Doherty am 8. Juli mit.

Wien, 8. Juli. (DANA) Die österreichische Besatzungszone Oesterreichs im Zusammenhang mit dem amerikanischen Standpunkt zum Ausdruck, wonach als deutsches Eigentum nur solche Werte bezeichnet werden können, die entweder bereits vor dem Jahre 1938 deutsches Eigentum waren oder nach der Besetzung Oesterreichs von den Deutschen nach Oesterreich gebracht wurden.

Ausweisung von Deutschen

Wien, 8. Juli. (AP) Die sowjetischen Besatzungsbehörden in Oesterreich haben die Ausweisung von 54 000 Deutschen und anderen Ausländern aus der österreichischen Sowjetzone angedeutet, trotz der Einwände der österreichischen Bundesregierung, daß weitere Ausweisungen die Einbringung der kommenden Ernte in Frage stellen.

England wünscht Klarstellung

London, 8. Juli. (DANA) Die britische Regierung hat am Montag ihren politischen Vertreter in Wien um Übermittlung von Einzelheiten zur Klarstellung der am Samstag erlassenen sowjetischen Verfügung ersucht, wonach alles deutsche Eigentum in der Sowjetzone Oesterreichs beschlagnahmt und der Sowjetunion zu Reparationszwecken übergeben werden soll.

China fordert Vollversammlung

Nanking, 8. Juli. (DANA) Der chinesische Außenminister Wang Shih Chieh überreichte dem französischen Botschafter in Nanking am Samstag eine Note, in der erklärt wird, die bevorstehende Friedenskonferenz müsse entsprechend dem Moskauer Abkommen von der Vollversammlung der Außenminister, also auch unter Teilnahme Chinas, einberufen werden, nicht nur durch die Außenminister der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs.

Italiener räumen Gebiet von Tenda und Briga

Nizza, 8. Juli. (AP) Die Italiener treffen Vorbereitungen, um das Gebiet von Tenda und Briga zu verlassen, das durch Beschluß der Außenministerkonferenz an Frankreich abgetreten werden muß.

Zusammenstöße in Triest

Rom, 8. Juli. (DANA) Nach einer Meldung des römischen Rundfunks kam es am Samstag in Rom sowie in ganz Italien zu Massendemonstrationen. Durch eine Schließung der Geschäfte und Betriebe für die Dauer von 15 Minuten protestierte die Bevölkerung der italienischen Hauptstadt gegen die Entscheidung der Pariser Konferenz über Venedig Giulia und Triest.

Griechenland fordert Reparationszahlungen

Paris, 8. Juli. (AP) Griechenland hat der Außenministerkonferenz ein Memorandum übermittleit, in dem die griechischen Reparationsforderungen an Italien auf 3 Milliarden Dollar beziffert werden.

Um Westhazien

Sofia, 8. Juli. (DANA) Die bulgarische Presse veröffentlichte am Samstag den Text eines Memorandums an die Pariser Außenministerkonferenz, in dem Bulgarien seine Ansprüche auf Westhazien gegenüber Griechenland erneut hervorhebt. Ferner weist das Memorandum die von Griechenland aus strategischen Gründen geforderte Reduzierung seiner Grenzen mit Bulgarien scharf zurück. Zu den griechischen Reparationsforderungen erklärt das Schreiben, das durchschnittliche Monatseinkommen der bulgarischen Landbevölkerung betrage nur 50 bis 60 Mark.

Einreise-Erlaubnis nach England

Herford, 8. Juli. (DANA). Eine Anzahl von Einreise-Bewilligungen für deutsche und österreichische Mädchen, die sich mit britischen Soldaten verlobt haben, werden, nach einer Reutermeldung, von britischen Innenministerium erteilt. Diese Bestimmungen gilt für britische Soldaten, die im Zuge ihrer Entlassung nach England zurückkehren, wenn sie die Absicht haben, ihre deutschen oder österreichischen Verlobten binnen zwei Monaten in Großbritannien zu heiraten und ihnen ein Heim bieten können. Die Einreise-Erlaubnis wird nur erteilt, wenn Ehehindernisse und Bedenken seitens des britischen Innenministeriums nicht bestehen.

Bevin-Plan im Länderrat nicht diskutiert

Bad Nauheim, 8. Juli. (DANA) Mehrere Rundfunksender in Deutschland haben Meldungen über eine Diskussion des Bevin-Planes zur Schaffung einer deutschen Föderation veröffentlicht, die angeblich in der 10. Monatsitzung des Länderrats in Stuttgart stattgefunden habe. Die Meldung entstammt einer ausländischen Agentur. Einige Rundfunkstationen zogen soweit zu behaupten, der haverische Ministerpräsident hätte erklärt, Bayern hätte seine völlige Trennung vom übrigen Deutschland vorgezogen. An diesen Meldungen ist kein Wort wahr. In der Länderratssitzung wurde der Bevin-Plan nicht erwähnt.

Schwedisches Hilfswerk für Kinder

Stockholm, 8. Juli. (DANA) Die Sammlung für das schwedische Hilfswerk zur Rettung der Kinder hat, wie der Rundfunksender Motala am Donnerstag mitteilte, bisher den Betrag von 14 Millionen schwedischen Kronen oder etwa 829 000 Pfund Sterling erbracht. Oesterreich erhielt für zeitweilige Kindererziehungen 30 000 Kronen, Ungarn 10 000 Kronen. Nach Polen wurden beträchtliche Mengen von Lebensmitteln und außerdem eine vollständige Ausrüstung für ein Krankenhaus mit 8 000 Betten gesandt. In Frankreich wurden verschiedene Kinderheimstätten errichtet. Auch die Kinder Finnlands wurden unterstützt. Für die Kinderhilfe in den baltischen Ländern wurden 2,5 Millionen Kronen gespendet. In den ersten Tagen des Juli hat die Hilfsstätte auch für die Berliner Kinder eingesetzt. Hierfür sind eine Million Kronen vorgesehen.

Vier Amerikaner in Berlin vermißt

Berlin, 8. Juli. (DANA) Vier Amerikaner, drei Offiziere und die Ehefrau des einen werden nach Mitteilung des Militärbefehlshabers der amerikanischen Zone in Berlin, Generalleutnant Frank R. Keating, seit vergangener Woche vermißt. Alle vier Amerikaner hatten sich ohne die entsprechenden Ausweise, die für Amerikaner beim Übertritt in eine andere Zone Berlins vorgeschrieben sind, in den sowjetischen Sektor begeben und sind seitdem verschwunden. Die amerikanischen Militärbehörden haben sich mit den sowjetischen Dienststellen in Verbindung gesetzt und mit ihnen gemeinsam die Suche nach den Vermissten aufgenommen.

Französischer Plan zur Neuordnung Deutschlands

London, 8. Juli. (DANA) Einzelheiten des französischen Planes für die Neuordnung Deutschlands, der den Außenministern der vier Großmächte an ihrer letzten Konferenz in Paris vorgelegt wurde, sind jetzt in einem Artikel der Londoner „Times“ bekanntgegeben worden.

Der französische Plan, so schreibt das Blatt, gliedert sich in vier Teile, die sich mit den Problemen der Ruhr, des Rheinlandes, der Saar und des übrigen Deutschland beschäftigen. Der französische Plan geht von dem Standpunkt aus, daß die Errichtung einer deutschen Zentralregierung eine wirksame Kontrolle des Ruhrgebietes unter einem alliierten Kontrollausschuß unmöglich mache.

Eine deutsche Zentralregierung werde nach französischer Ansicht immer wieder die Beseitigung oder Milderung der Ruhrkontrolle unter der Voraussetzung verlangen, daß sie andernfalls nicht genügend Rückhalt bei der Bevölkerung finden würde. Der Alliierte Kontrollausschuß müßte zur Ausschaltung einer solchen Möglichkeit nach dem französischen Plan die Machtbefugnisse einer Regierung haben. Der Kontrollausschuß müßte ferner Befugnisse zur Errichtung einer Zollgrenze aus dem Ruhrgebiet und vor allem Vollmachten in der Finanz-, Preis- und Lohnpolitik haben, um ähnliche Täuschungsmanöver zu verhindern, wie sie z. Zt. der deutschen Inflation nach dem ersten

Erfurter Treffen der LDP

Gegen Vergesellschaftung der Produktionsmittel

Erfurt, 8. Juli. (DANA) „Die liberaldemokratische Partei ist nicht für Verzeßelung der Produktionsmittel, sondern sie betrachtet das Privatigentum und die freie Unternehmer-Initiative als Grundlage einer gesunden Wirtschaft“, führte der Vorsitzende der liberaldemokratischen Partei, Dr. W. Kütz, in einer öffentlichen Versammlung am 7. Juli anläßlich des Erfurter Treffens der LDP aus.

Zum alliierten Wirtschaftsplan erklärte Dr. Kütz, es handle sich hier um ein mit Sachkenntnis sorgfältig ausgearbeitetes Projekt: Zu seiner Verwirklichung sei aber die befriedigende Lösung des Ruhrproblems, der Wegfall der Zonen Grenzen, die Einrichtung einer zentralen Verwaltung für Deutschland und eine einheitliche Lösung der Währungs- und Geldfragen notwendig.

Die Mitarbeiter der Frauen und der Jugend bezeichnete Dr. Kütz als zwei entscheidende Faktoren bei Deutschlands Wiederaufstieg. Als Vorsitzender der freien demokratischen Partei für die britische Zone legte Landrat Heile ein Bekennnis zu einem einheitlichen demokratischen Deutschland ab. Unbedingtes Festhalten an der Friedenspolitik sei notwendig. Der Machtdenke sei zu verwerfen.

Richtigstellung

Wie die DANA jetzt erfährt, beruht die von ihr veröffentlichte Meldung, „Frau des verstorbenen Generalfeldmarschalls v. Blomberg zu einem Jahr Gefängnis verurteilt“, (siehe Nr. 50 B.N.N., nicht auf Tatsachen. Die zweite Frau v. Blomberg heißt Eva Margarethe Louise v. Blomberg und lebt z. Zt. in Bad Wiessee bei München. Sie ist weder verhaftet noch wegen unerlaubten Besites von Eigentum der alliierten Streitkräfte verurteilt worden. Wie die DANA weiter erfährt, ist v. Blomberg erste Frau gestorben. Die Nachricht wurde seinerzeit dem Nachrichtendienst Radio Hamburg entnommen, nachdem sie bereits einen Tag vorher von den Agenturen United Press, Reuter, BBC und dem Deutschen Pressedienst Hamburg vorgelegen hatte.

Basis neuer Weltrechtsordnung

Nürnberg, 8. Juli. (DANA) In der Freitagsitzung des Nürnberger Gerichtshofes hielt Dr. S t a h m e r, der Verteidiger des Angeklagten Göring, den zweiten Teil seines Plädoyers. Man sei zu Beginn des Krieges gewillt gewesen, so führte Dr. Stahmer aus, „den Kampf mit Anstand und Ritterlichkeit zu führen“. Gerade in den ersten Kriegsjahren sei das Völkerrecht von beiden Seiten in großen und ganzen eingehalten worden.

Im weiteren Verlauf des Plädoyers erklärte Dr. Stahmer, daß der Vierjahresplan nicht auf einen Angriffskrieg vorbereitet wollte, die von Göring geleitete Luftwaffe nur zu Verteidigungszwecken aufgestellt wurde, und „Zweifel an dem ernstlichen Friedenswillen“ seines Mandatärs nicht bestanden. Abschließend stellte Dr. Stahmer den Angeklagten Göring als den „treuen Gefolgsmann seines Führers“ hin, dessen Welt „in Trümmer sank“ und der „manchen Fehler erkannte“.

Dr. Seidel, der abschließend für den Angeklagten Adolf Heß plädierte, wurde wegen seiner unwesentlichen Argumentation unterbrochen. Das Gericht gab ihm Gelegenheit, sein Plädoyer neu zu verfassen.

Das dritte Plädoyer des heutigen Verhandlungstages hielt Dr. Horn für den Angeklagten v. Ribbentrop. Es enthielt in erster Linie allgemein gehaltenen Erörterungen, und zwar zum Teil eine Wiederholung des Plädoyers von Prof. Jähreis. Dr. Horn versuchte im Laufe seiner Ausführungen den Beweis zu erbringen, daß Ribbentrop auf die Außenpolitik des Dritten Reiches keinen wesentlichen Einfluß hatte. Für sämtliche Vertragsbrüche, die Ribbentrop zur Last gelegt werden, macht er allein Hitler als Staatsoberhaupt verantwortlich. Mit dem Einsetzen des Nürnberger Gerichtsverfahrens, so erklärte Dr. Horn zum Schluß seines Plädoyers, sei die Grundlage für eine völlig neue Weltrechtsordnung geschaffen worden. Es sei eine Frage über Menschlichkeit hinausgehende Aufgabe, in dieser Periode „des Verzehrens und Werdens“, die von Ribbentrop bezangenen Taten abzuwägen und im Sinne des Rechtes zu beurteilen.

Aburteilung von Kriegsverbrechen

Frankfurt, 8. Juli. (DANA) In Zukunft werden alle Fälle von Kriegsverbrechen im Gerichtsbezirk der amerik. Besatzungstreitkräfte in Europa, wie das amerik. Hauptquartier am 5. d. Mts. mitteilte, durch die Abteilung zur Aburteilung von Kriegsverbrechen verhandelt werden.

Bisher wurden diese Gerichte von den kommandierenden Generalen jener Gebiete bestimmt, in denen die Fälle verhandelt wurden. Die meisten Prozesse wegen Kriegsverbrechen, unter deren Opfer amerikanische Staatsbürger waren, und wegen Massengräben, die in der amerik. Besatzungszone verhandelt werden, werden weiterhin in Dachau verhandelt, jedoch wird die Strafverfolgung in solchen Fällen durch die Abteilung zur Aburteilung von Kriegsverbrechen vorgenommen.

Subjekt oder Objekt?

Von Willi Boepple

Die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung liegen hinter uns. Nach der in den letzten Wochen bedingten Teilnahme der Aufmerksamkeit kann man nunmehr der Blick wieder auf jene Vorgänge gelenkt werden, die mehr als eine reichlich problematische Verfassung unser künftiges Schicksal im größeren Rahmen einer noch ferneren europäischen Gemeinschaft und der Welt bestimmen.

Voll berechtigter Sorge vernimmt der Zeitgenosse aus dem Munde berufener Vertreter der Siegermächte die Forderungen und Pläne, die unsere gesamte Zukunft in Frage stellen. Von der Bildung eines föderativ gegliederten deutschen Bundes über die Zusammenfassung der nicht russisch besetzten Teile Deutschlands in einer Art Union bis zur Losrennung lebensnotwendiger Gebiete reicht die Skala der bis jetzt in ihren Umrissen erkennbaren Projekte. Die in den Potsdamer Beschlüssen niedergelegte Einheitlichkeit der Behandlung Deutschlands als wirtschaftliches Ganzes, die mit berechtigter Hoffnung als Grundlage einer künftigen nationalen Einheit gewertet werden durfte, ist nicht nur von einer Verwicklung weiter entfernt denn je; es werden im Gegenteil immer mehr, vorwiegend englische Stimmen laut, die eine Erfüllung der Beschlüsse von Potsdam als unüberführbar bezeichnen. Es ist nicht Gegenstand dieser Betrachtung, welcher Art die machtpolitischen und vor allem wirtschaftlichen Hintergründe dieser Sinnesänderung sein mögen. Es soll hier vielmehr versucht werden, den Weg zu zeigen, den Deutschland aus seiner Rolle als ohnmächtiges Objekt herauszuführen ihm den Platz eines zumindest Akteurs gebenden Subjekts der Gestaltung seiner nationalen Existenz zuweist. Solange verantwortliche deutsche Parteien teils es vermeiden, sich klar und unmissverständlich zu äußern — nicht zuletzt aus agitatorischen Motiven oder weil sie Gründe haben, die nationale Einheit nicht zu wünschen —, teils sich offen für einen ausgeprägteren oder gemilderten Föderalismus entscheiden — wobei ein solcher Terminus selbst wieder die innere Unsicherheit oder die Absicht beweist, eine Hintertür offen zu lassen —, haben alliierte Staatsmänner keine Veranlassung, ihrerseits auf eine Aufspaltung Deutschlands zu verzichten, trotz der einer solchen Lösung innewohnenden Gefahr der Wiedererweckung bzw. Begünstigung von nationalistischen Revanchegedanken. Die Begründung deutscher Föderalisten für ihr „als ob“-Freiheitsgliederung eines künftigen Deutschlands, lautet fast durchweg: „Los von Preußen“. Diese Argumentation ist heute nicht mehr stichhaltig. Die Voraussetzungen der Wiederentfaltung einer preußisch-junkerlichen Macht sind im Osten Deutschlands durch Bodenreform und eine tiefgreifende Umgestaltung des hohen Verwaltungsapparates nicht mehr gegeben. Die andere Begründung, daß wir durch einen föderativen Aufbau den Wünschen und Absichten der Sieger am weitesten entgegenkämen, was unserer derzeitigen Rolle als Objekt am natürlichsten entspräche, ist nur so lange möglich, als wir nicht unsererseits Zustände schaffen, die von den Siegermächten und vor allem von deren Völkern als untragliche Zeichen nicht nur eines völligen deutschen Sinneswandels, sondern auch als Garantien einer Entwicklung anerkannt werden, die eine dritte Wiederholung eines deutschen, imperialistischen Versuches umöglich machen.

Gegenüber einer geschlossenen deutschen Haltung in der Frage der deutschen Einheit oder zumindest einer soliden Haltung, die sich auf eine starke von den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien getragene Mehrheit stützen kann, würden nicht nur die Staatsmänner, die jene für uns so lebenswichtigen Entscheidungen treffen, sich nicht verschließen können; sie würde auch jenseits der deutschen Grenzen die Anerkennung des anderen Deutschlands freimachen. Sie setzen dabei als selbstverständlich voraus, daß die Verfolgung von gestern die Erbauer des Deutschland von morgen sein würden. Bis heute wurden solche Voraussetzungen nicht nur nicht erfüllt, sondern es hat allen Anschein, daß die Auffassung besteht, mit einigen Schwerearbeiterlöhnen und ein paar Mark sei der Dank an diese würdevollen Kämpfer abgezollt, und daß man nunmehr zur Tagesordnung überzugehen habe.

Was die ausländischen KZ-Inassen für ihre deutschen Freunde erhofften, das glaubten die friedensstärkenden Kräfte des Auslandes, voran die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien beider Richtungen, für ihre Genossen als die Besuche ausländischer Gewerkschaftler haben es bewiesen — die Hilfe und das Entgegenkommen von dieser Seite zunächst noch nicht weit über den Rahmen formaler Anerkennnisse hinausgehen — die Enttäuschung über das Versagen der deutschen Arbeiterschaft hatte eine so tiefgehende, noch lange nicht überwundene Wirkung —, so kann andererseits von einer starken Einflußnahme gerade unserer Gewerkschaften und auch der beiden sozialistischen Parteien auf das poli-

tische und wirtschaftliche Geschehen nirgends eine Rede sein. Weder wurde diesen genannten Parteien ein eindeutiger Vertrauensbeweis ausgesprochen in Form einer sozialistischen Mehrheit, noch konnten bis jetzt die Gewerkschaften eine die Entwicklung formende Stoßkraft entfalten. Der deutsche Volkörper hat das Gift der Nazidologie und der Sozialistenherge noch nicht ausgeschieden. Er wird aber nur zu immer und äußerer Gesundheit kommen, wenn er diesen Regenerationsprozeß vollzieht.

Die Kräfte, denen vor allem die Völker unserer westlichen und östlichen Nachbarn mittrauen, sind in den westlichen Teilen Deutschlands durchaus nicht gebrochen. Stahl, Kohle und Großgrundbesitz sind ihre wirtschaftlichen Grundlagen. Hugenberg, Springorum, Petersen und Poensgen sind Prototypen dessen, was wir als ihre Repräsentanten kennenlernten. Dahinter baut sich die Front der hohen Verwaltungsbürokratie und des professionellen Militarismus auf. Will das deutsche Volk an einer gesamt-europäischen Entwicklung teilnehmen, ohne sich dabei von Gedanken, an irgendwelche Blockbildungen anfangen zu lassen, so darf es nicht übersehen, daß ganz Europa einen entschiedenen Ruck nach links vollzogen hat, eine Entwicklung, die noch nicht abgeschlossen sein dürfte. Somit werden wir uns, um einen angemessenen Platz in der Welt wieder einzunehmen zu können und vor allem, um draußen wieder beachtet und gehört zu werden, orientieren müssen. Die Zeichen der Zeit weisen zu neuen wirtschaftlichen, politischen und geistigen Formen. Sorgen wir dafür, daß Deutschland nicht zum willfährigen Objekt reaktionärer Kräfte, sondern zum beteiligten Subjekt bei der Gestaltung seiner nationalen Zukunft wird.

Wiedergutmachung nat.-soz. Unrechts in der Strafrechtspflege

Stuttgart, 8. Juli. (DANA) Das zweite Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege ist in der Herabsetzung aller von Sondergerichten während der Nazizeit verhängten Strafen vor, wenn die Urteile übermäßig hart und deshalb als nationalsozialistisch zu bezeichnen sind und noch nicht oder nicht in vollem Umfange vollstreckt wurden.

1. Eine durch Entscheidung eines Sondergerichts in der Zeit vom 31. Januar 1933 bis zum 4. Mai 1945 verhängte Strafe, die unter Berücksichtigung der im Urteil festgestellten Tat und der Zeit und Umstände übermäßig hart und deshalb als nationalsozialistisch erscheint und noch nicht erlassen worden, so ist in der Herabsetzung der Strafe auf das angemessene Maß herabzusetzen.
2. Die Herabsetzung kann auch, falls sie im öffentlichen Interesse liegt, erfolgen, wenn eine Strafverbüßung nicht mehr in Betracht kommt.
3. Bei der Herabsetzung kann die Tat, wegen der die Strafe ausgesprochen wurde, rechtlich anders gewürdigt werden.
4. Die Herabsetzung erfolgt auf Antrag. Antragberechtigt sind die Staatsanwaltschaft und der Verurteilte oder seine Hinterbliebenen (Punkt 361 Strafprozeßordnung).
1. Die Herabsetzung erfolgt durch Gerichtsbeschluß. Der Beschluß ergeht nach Aktenlage, ohne daß eine mündliche Verhandlung, ein Strafverfahren oder eine mündliche Verhandlung anzuordnen. Auf diese finden die Vorschriften der Strafprozeßordnung sinngemäß Anwendung.
2. Das Gesetz kann eine Aussetzung der Strafvollstreckung anordnen.
4. Zuständig ist das Landgericht (Strafkammer), in dessen Bezirk das Sondergericht seinen Sitz hatte.
2. Ist die Entscheidung von einem Sondergericht, an dessen Sitz keine deutsche Gerichtsbarkeit mehr besteht, erlassen worden, so ist das Landgericht zuständig, in dessen Bezirk der Verurteilte zur Zeit der Verurteilung seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt hatte oder der Verurteilte oder seine Hinterbliebenen zur Zeit der Antragstellung wohnen.

Keine politische Polizei mehr in Deutschland

Gesetz zur Auflösung von Polizeibüros u. -agenturen

Berlin, 8. Juli. (DANA) Durch das vom Alliierten Kontrollrat in Berlin am 1. Juli beschlossene Gesetz Nr. 31 werden alle deutschen Polizeibüros und -agenturen, welche die politische Überwachung oder Kontrolle von Personen zum Zwecke hatten, aufgelöst. Ferner wird eine Neuorganisation solcher Polizeibüros und -agenturen sowie jede Betätigung in diesem Sinne verboten.

Zonenkonferenz über Jugendfragen

Berlin, 8. Juli. (DANA) Eine zweite Zonenkonferenz über Fragen der deutschen Jugend wurde, wie bereits in Nr. 50 BNN gemeldet, in Berlin am 2. Juli eröffnet.

Im Verlauf der ersten Sitzung wurde festgestellt, daß von der amerikanischen Militärregierung jede Anstrengung unternommen werde, um durch eine erweiterte Ausbildung von neuen Jugendleitern das Programm der Erziehung der deutschen Jugend nach demokratischen Grundsätzen zu intensivieren. Sämtliche Vertreter der Militärregierung betonten, daß den Deutschen jede Gelegenheit gegeben werde, ihre eigenen Pläne auszustellen und in die Tat umzusetzen. Es werden ihnen die Beamten der Militärregierung beratend zur Seite stehen.

Der Jugenderziehungsplan der Militärregierung bezieht sich insbesondere auf die Altersgruppen zwischen 12 und 18 Jahren und gestattet ein weites Betätigungsfeld. Die Sport- und Erziehungspläne zum Beispiel entsprechen denen der Pfadfinder, des Christlichen Vereins junger Männer und des Christlichen Vereins junger Frauen, sowie den typischen amerikanischen Andolt-Sportarten. Auch wurde die Militärregierung alles tun, die Gemeinden mit amerikanischer Sportausrüstung zu beliefern und die amerikanische Armee unterstütze die Militärregierung bei der Ausbildung von deutschen Leitern und Jugendlichen im amerikanischen Sportwesen.

Leutnant Raymond C. Brosmann, Fachmann für Jugendfragen bei der Militärregierung Württemberg-Baden, gab einen Bericht über die praktische Jugendarbeit in diesem Lande. Eine Kreisjugend-

gruppen, welche die politische Überwachung oder Kontrolle von Personen zum Zwecke hatten, aufgelöst. Ferner wird eine Neuorganisation solcher Polizeibüros und -agenturen sowie jede Betätigung in diesem Sinne verboten.

Zu den Bestimmungen dieses Gesetzes sowie der Versuch einer Zuwiderrückung werden durch Gerichte der Militärregierung strafrechtlich verfolgt.

Durch das neue Gesetz werden alle Bestimmungen der deutschen Gesetzgebung, die im Widerspruch zu ihm stehen, aufgehoben. Das Gesetz lautet: Alliierte Kontrollbehörde — Kontrollrat — Gesetz Nr. 31 — Polizeibüros und -agenturen politischen Charakters.

Alle deutschen Polizeibüros und -agenturen, die die Überwachung oder Kontrolle der politischen Betätigung von Personen zum Zwecke haben, werden hiermit für ganz Deutschland aufgelöst.

Diese Bestimmungen ist auf alle Polizeibüros und -agenturen anwendbar, die entweder gesetzlich eingesetzten deutschen Polizeibehörden unterstellt oder unter die Kontrolle von Ortsbehörden gestellt sind.

Jede Neuorganisation sowie jede Tätigkeit von Polizeibüros oder Schutzwachen in der Artikel I näher bezeichneten Art wird hierdurch verboten.

Wer einer der Bestimmungen dieses Gesetzes zuwiderhandelt, setzt sich strafrechtlicher Verfolgung von einem Gericht der Militärregierung und gegebenenfalls einer Strafe aus, die das Gericht für angemessen erachtet. Auch der Versuch ist strafbar.

Die Bestimmung der deutschen Gesetzgebung, die im Widerspruch zu diesem Gesetz steht, wird hierdurch aufgehoben.

Artikel V
Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Ausgeführt in Berlin, den 1. Juli 1946.
(Die in den drei offiziellen Sprachen abgefaßten Originaltexte dieses Gesetzes sind von Pierre König, General der Armee, Marschall der Sowjetunion, Robert W. Harper, Generalstaatsanwalt Douglas, Marschall der Royal Air Force, unterzeichnet.)

Greueln der Tschetniks

Belgrad, 8. Juli. (AP) Über Greueln von Tschetniktruppen in den Dörfern Bolehd, Vranjich und des Mihailowitschprozesses. 5 serbische Bauern sagten aus, daß Tschetniktruppen in der Nacht vom 26. Dezember 1943 in das Dorf Bolehd stürmten und unter den Rufen „Wir kämpfen für König und Vaterland gegen die Kommunisten“ ungefähr 70 Bewohner des Dorfes massakrierten.

Die Zeugin Darinka Marinkowitsch konnte nur mühsam ihre Aussage machen, weil ihr, wie sie schildert, während des Überfalls die Kehle aufgeschnitten worden war, und sie nun eine „künstliche Kehle“ in Form eines Röhren aus Holz hat.

Bei der Konfrontierung mit den Zeugen leugnete Mihailowitsch, daß er seinen Leuten je befohlen habe, Serben zu töten. Auf die Frage des Gerichtshofes: „Ist dies die Ausführung Ihres Befehls, die Kommunisten zu verfolgen?“ antwortete Mihailowitsch mit fester Stimme: „Nein, niemals.“

Unter Angabe von grauenhaften Einzelheiten berichteten andere Zeugen in dieser Sitzung, wie von ihnen Tschetniks erkannte Soldaten Massenmord in den Dörfern Vranjich und Drugow ausführen ließen.

Urlaub für Erschießung

Dachau, 8. Juli. (DANA) In der Dienstadt-Verhandlung des Flossenburger-Prozesses machte der tschechische ehemalige Lagerinsasse Emil Lesek schwerbelastende Aussagen gegen den früheren Lagerkapo Georg Weibba, den Steinbruchmeister Alois Schubert und den vormaligen Untersturmführer Friedrich Becker.

Der Angeklagte Georg Weibba bestimmte nach Aussage des Zeugen als „Lagerkapo“ über sämtliche Kapos und über „Leben und Tod der Häftlinge“. Der Angeklagte Alois Schubert war nach Aussagen Leseks im Steinbruch die „den amtierenden Kapos die Befehle über die Gefangenensache“ übermittelte Überwachungsbeamter der Gefangenensache wurde von den Kapos durchgeführt, die im Steinbruch mit den SS-Posten zusammenarbeiteten, um die durch Hunger und Schikanen verzweifelten Häftlinge zu flucht zu treiben, damit den Posten der SS ein gutes Zeugnis gegeben wurde, was den Zeuge bekundet, daß er gehört habe, wie ein SS-Mann zu einem Kapo gesagt habe: „Kapo, jeder einen Häftling in den Draht, denn ich brauche Urlaub.“

Gruppe, die sich aus Vertretern der Kirche, des Erziehungssektors, des Sports und der Arbeiter zusammenstellte, stellte in Karlsruhe etwa 1400 und 1800 Jugendliche fest, die keinerlei Beschäftigung finden konnten. Daraufhin wurde ein „Berufsausschuss“ in Karlsruhe aufgestellt, wobei der Nachdruck auf die Befreiung des Bauwesens gelegt wurde, da in diesem Gewerbe ein besonderer fehlbarer Mangel an Arbeitskräften besteht. Es wurden Schulungsvorträge und Lehrfilme für die in Frage kommenden Arbeiter veranstaltet, und die Gruppe konnte auf Grund dieser Unternehmung monatlich rund 200 Jugendliche in Arbeitsstellen unterbringen. Im Januar waren als Ergebnis dieser Arbeit bereits 2000 Jugendliche in Beschäftigung und im Juni war diese Zahl auf 10000 gestiegen.

Eine weitere Anregung für die Jugend sei die Herausgabe von zwei Jugendzeitschriften in Württemberg-Baden, der Zeitschrift „Der Start“, die zum ersten Male im Januar erschienen, sowie einer ähnlichen Schrift „Der Strom“, die im Mai lizenziert wurde.

In Württemberg-Baden habe es am 1. Mai 900 Jugendgruppen mit insgesamt 85 000 Mitgliedern gegeben, in Bayern 445 Gruppen mit einer Mitgliederzahl von 81 000 und in Großhessen 1200 mit 75 000 Mitgliedern.

Weitere Berichte über den Aufbau und die Entwicklung der Jugendarbeit in der amerikanischen Zone und die Auswirkung des Jugenderziehungsprogramms der Militärregierung wurden von Erziehungs- und Jugendchefs der Militärregierung Bayerns, Großhessens, des amerikanischen Sektors von Berlin und der Bremer Enklave gegeben.

Berliner CDU-Erklärung

Berlin, 8. Juli. (DANA) Gegen die kürzlich geäußerte Behauptung des Vorsitzenden der Berliner SED Karl Litzke, daß die CDU die Beteiligung am allgemeinen Aufbauprogramm der SED für Berlin aus wahltaktischen Gründen ablehne, wandte sich auf einer Kundgebung der CDU der Bürgermeister des Bezirks Tiergarten, Peter Eben, mit der Erklärung, die CDU habe sich während der letzten zwölf Monate unabhängig bemüht, verantwortliche Stellen in den Berliner Verwaltungen zu erhalten. Man habe ihr jedoch überall den Eintritt verweigert.

Ausschluß aus der SED

Berlin, 8. Juli. (DANA) Der frühere zweite Bürgermeister von Berlin-Charlottenburg, Erwin Schneewald, der sich am 8. Juli wegen der Anschuldigung der Unterschlagung, Bestechung und Betrugs, sowie Stillschaltungsverbrechen und anderer Vergehen vor dem mittleren Militärgericht zu verantworten haben wird, ist nach einer Mitteilung des Parteisekretariats der SED aus der Partei ausgeschlossen worden. Wie DPD meldet, habe er in der Erklärung des Parteisekretariats, daß im Verlauf des Prozesses Dinge zur Sprache kamen, aus denen hervorgeht, daß Schneewald nicht geeignet ist, im demokratischen Deutschland ein öffentliches Amt zu bekleiden.

Wahlbetrachtungen zur verfassunggebenden Landesversammlung

CDU

Die Lebensbedingungen unseres Volkes waren bisher noch so schwer, daß die innere Freiheit und Lebensfreude richtig in die Erscheinung treten konnte. Auf alle Bedrohungen und Heulsale, unter denen unser Volk gelitten hat und heute noch leidet, wollen wir nicht eingehen, — aber nur feststellen, daß kein Volk der Erde diese Belastungsprobe, die zum Teil durch die Methoden der Nazi auch verdient waren, ausgehalten und ohne innere Unruhe hingegenommen hätte. Wenn dieses Volk nun langsam das Gleichgewicht wieder bekommt und Schwankungen in seiner Haltung sich zeigen, ist das verständlich. Denn nicht alles, was vordem ein Wahlversprechen war, Demokratie. Die kleinen Wahlversprechen in den Städten Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg beruhen auf diesen angeordneten Schwankungen.

Die amerikanische Besatzungsmacht hat dadurch, daß sie uns die Wahlen freizubehalten, ein großes Vertrauen in unser Volk in der amerikanischen Zone gesetzt. Dieses Vertrauen ist gerechtfertigt worden. Die Christlich-Demokratische Union hat der ganzen Linie sich wacker geschlagen. Unseren Wählern gebührt der Dank der Parteilisten, die sich hiermit freudig aussprechen. Unsere Wähler haben bei den verschiedenen Wahlen politischen Instinkt und Weitsicht, sowie Standhaftigkeit bewiesen und den Kurs, den wir im Interesse von Volk und Vaterland gehen mußten, klar durch ihre Haltung unterstützt. Besonders bedeutungsvoll ist der klare Beweis für die politische Weitsicht und Brüderlichkeit zwischen evangelischen und katholischen Christen als endgültigen geistigen Geburtsakt, der sich vor aller Welt vollzogen hat. Dieses und bleibt das größte geschichtliche Ereignis, das sich seit dem Zusammenbruch im politischen Leben unseres Volkes vollzogen hat. Gewiß, ich höre Stimmen, die einfallen, daß doch nur ein Teil, daß eine politische Umformung in der Gedankenwelt unseres Volkes sich nur langsam und zögerlich kann. Unser Geiz hat nur Möglichstes getan, um Verwirrungen in unsere Reihen zu tragen: es ist ihnen nicht geblieben, Erfolge zu erzielen.

Die Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung trägt die Charakteristik einer ausgesprochenen Sommerwahl mit allen Begleiterscheinungen. Sie hat in einer Zeit stattgefunden, in der die Landwirtschaft durch Feldarbeit stark bedrängt und durch die schlechte Witterung von Wochen stark gebunden war. In den letzten Wochen haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Gemeinden noch besonders verschlechtert. Das Flüchtlingproblem steht im Vordergrund und belastet die Bevölkerung im Grenzland Baden ungeheuer stark. Bei der Verteilung der Flüchtlinge ist die ohnedies bestehende Grenznot nicht genügend berücksichtigt worden. Die gerechte Verteilung müssen wir dringend verlangen. Nicht dürfen einzelne Orte mit Flüchtlingen überbelegt und andere fast ganz verschont bleiben.

Die Christlich-Demokratische Union Nordbadens hat in allen Teilen den Wahlkampf äußerst sachlich und ritterlich geführt; sie ist keiner Partei mit persönlichen und unsachlichen Angriffen gegenüber getreten. Ich selbst habe in allen Konferenzen der Union die Parole ausgegeben, ritterlich und nobel zu kämpfen. Ich will können mit Befriedigung sagen, daß nicht nur wir, sondern alle innerhalb antworten worden ist. Leider können wir dies nicht von den marxistischen Parteien behaupten. Sie haben zum Teil den Wahlkampf mit Mitteln geführt, wie man es von demokratischen Parteien nicht erwarten sollte. Besonders hat sich die SPD in Nordbaden zu scharf in die Linie von Dr. Schumacher gestellt, der keine Sympathien für die CDU aufbringen kann. Staatsmännische und alle gemeine leitende Gesichtspunkte sind im Verlauf des Wahlkampfes von dieser Seite, die in die Führung beansprucht, wenig in Erscheinung getreten. Gewiß ist klar, warum dieser Kampf geführt wurde; man wollte die Union aus ihrer führenden Stellung verdrängen. Es ist ihr nicht gelungen. Das Volk in Nordbaden und Nordwürtemberg hat deutlich gesprochen, es hat seinen Willen ausdrucksvoll bekundet.

Nach althergebrachter und in allen demokratischen Ländern bestehender Übung sollte nun endlich auch bei uns das demokratische Prinzip der Wirklichkeit finden, und dem klar ausgesprochenen Volkswillen Rechnung getragen werden. Eine Hinausschiebung zu den Herbstwahlen erscheint nicht dazu angetan, die Demokratie zu stärken und für diese Boden zu gewinnen. Nachstehende Zahlen beweisen, wie stark die Union in unserem nordbadisch-nordwürtembergischen Staatsgebiet sich verankert hat.

Die Stimmenzahl der einzelnen Parteien war bei den Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung folgende: CDU = 474 878, SPD = 374 739, DVP = 195 422, KPD = 116 521. In Nordbaden allein entfielen auf die CDU = 207 970, die SPD = 159 416, die DVP = 49 805 und die KPD = 49 172 Stimmen. Von insgesamt 90 Sitzen der verfassunggebenden Landesversammlung entfielen auf die CDU = 41 Sitze.

Es ist nicht unbekannt, daß weite Kreise vorhanden sind, die der CDU nicht gegenüberstehen. Teile aus Unverständnis gegenüber den Programm-Grundlagen. Zum anderen Teile aus tiefen kulturkämpferischen Instinkten. Dem gegenüber ist darauf hinzuweisen, daß die Neue Zeitung am 24. Juni in einem Aufsatz: „Wandlungen der politischen Struktur Europas“ eine Bilanz durch die politische Entwicklungslinie Mittel- und Westeuropas gezogen hat, in die die CDU geradezu selbstverständlich hineinzieht und hineinpaßt. Millionen von Europäern streben nach den dort getroffenen Feststellungen eine mittlere politische Linie an, jenseits von Kommunismus, aber auch ebenso weit entfernt von einem mehr oder weniger liberal verbrämten Demokratismus. Die Völker wünschen, daß die dringenden erforderlichen Reformen auf allen Lebensgebieten sich nicht in Extremen, sondern in gemäßigter Form vollziehen. Dabei sind, so schreibt die Neue Zeitung, die neuen politischen Formen auch von Ideen geprägt, die weit älter sind, als der Sozialismus, nämlich von denen des Christentums. Europa werde sich dazwischen, seine letzten moralischen Widerstandskräfte schwinden zu sehen.

Wenn Frankreich, Belgien, Holland, Italien, Oesterreich und die Schweiz, wenn auch in verschiedenen Varianten, doch in gemeinsamen Hauptlinien starke christlich-demokratische und christlich-soziale politische Kräfte haben, so muß dies doch ein Entwicklungsgesetz sein, in das die CDU nur folgerichtig einrechnet. Wer wollte dieser Bewegung, die bis jetzt weit unter ihrer Stärke an der öffentlichen Verwaltung beteiligt ist, die Möglichkeit, sich in der Regierungspraxis zu bewähren, versagen? Sie ist eine Partei der demokratischen Aufrichtigkeit. Sie kennt keine versteckten diktatorischen Neigungen. Sie steht als Trägerin eines sehr starken Volksvertrauens bereit, um an der Verantwortung für das öffentliche Wohl den ihr zukommenden Teil zu übernehmen. Es wäre falsch und undemokratisch, einer solchen Partei die Mitarbeit zu verweigern. Sie will, wie dieser Versuch teilweise beobachtet werden kann, ihr Programm klar und offen. Die führenden Männer sind

bekannt. Die CDU ist im deutschen Volk die große Bewegung des dritten Weges. Auf den Fundamenten des Christentums fußend, vollzieht die großen wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich der für uns und für das Abendland wohlwollend, salbhaft und ohne jedes Schicksals wieder zu unserem gemeinsamen Schaffen anstrebt, mit zurückgewiesen werden. Diese Hand der CDU vertritt Millionen Gutgesinnter, die ein Reich darauf haben, im demokratischen Staat zu arbeiten und zur Mitarbeit in voller Verantwortung herangezogen werden.

Staatsrat a. D. Fr. Heurich, Vorsitzender der CDU-Nordbaden

SPD

Dr. Schumacher hat in einer seiner Aussagen ausgeführt: „Durch die Politik der amerikanischen Militärregierung in den Ländern ihrer Zone sind frühere Wahlen stattfinden zu lassen, ist ein großes Stück unseres Schicksals wieder in unsere Hand gegeben. Die Militärregierung hat richtig gehandelt. Jetzt kommt es darauf an, auch die Deutschen richtig zu handeln.“

Nun, die Deutschen haben am 30. Juni gehandelt. Sie haben ihre Stimme abgegeben, über 70 % der Wählerstimmen. Das Gesamtresultat in Württemberg-Nordbaden nach dem Sozialistengesetz 1890, SPD 374 739, DVP 195 422 und KPD 116 521 Stimmen. Die SPD hat bei dieser Wahl nicht schlechter abgeschnitten, sie ist die zweitstärkste Partei. Nach der geschichtlichen Katastrophe ist es die erste bedeutende politische Kraft. Die soziale Atmosphäre, die durch die erlebte Katastrophe der letzten dreizehn Jahre geschaffen wurde, konnte in der 14 Monate nach Kriegsende noch nicht restlos beseitigt werden. Aber die giftigen Schwaden ziehen mehr und mehr ab. In steigendem Maße beginnt die Anklärung der Partei zu wirken. Die SPD tritt in die Geize tritt in klare Erscheinung. Die SPD bildet auf eine klare Vergangenheit zurück. Sie ist die einzige Partei, die eine große politische Konzeption hat. Ihre Grundidee stimmen auch mit den Ideen der gesamten humanen und christlichen Welt überein, und sie tritt ihre Verantwortung vor dem deutschen Volk und der gesamten Welt. Die SPD führt ihre Politik im Geist absoluter Wahrhaftigkeit durch. Sie hat es als einzige Partei nicht nötig gehabt, ihr Firmenschild zu ändern, sie tritt als SPD 1946 vor das Volk, wie sie 1918 und nach dem Sozialistengesetz 1890 war. Und sie wird es auch in Zukunft sein können, weil sie ihre Politik nach den großen staatsmännischen Gesichtspunkten, die gerade heute beachtet werden müssen, konsequent durchgeführt. Und sie bekennt sich klar und eindeutig zum Sozialismus. Wie Demokratie, so ist auch Sozialismus kein Lippenbekenntnis. Die SPD fordert bewußt die sozialistische Gesellschaftsordnung, die allein in die Zukunft weist. Sie gibt keine Versprechungen, die sie nicht erfüllen kann. Für Forderungen, für die sie heute eintritt, ist sie nicht immer eingetreten. Sie ist daher auch die einzige Partei, die den Wechsel der durch die geschichtliche Katastrophe föllig geworden ist, einlösen wird. Das Schicksal der Millionen Kriegsveteranen, der Millionen Obdachlosen und der Millionen Heimatlöser und der Hangeraden wird in ihre Hand gegeben werden, und sie wird die innere Kraft besitzen, diese durch die trostlose Vergangenheit gestellten Probleme zu lösen.

Die SPD hat sich unter ihrer alten Fahne nicht nur ihren Stamm gesichert, sondern diesen trotz der veränderten Verhältnisse auf gesunder Grundlage beachtlich erweitert. Der Wandel der freien Entscheidung ihr Bekenntnis zum Sozialismus abgelegt. Die alten Ideale der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind heute „die Notwendigkeiten des ganzen Volkes, und die Notwendigkeiten des ganzen Volkes sind heute die Erfordernisse Europa und die Welt. Die SPD haben die Wähler der SPD erkannt am 30. Juni, und erkennen werden es morgen und übermorgen Millionen, die am 30. Juni noch nicht ihre Stimme für die SPD abgegeben haben.“

Es ist die grundsätzliche Einstellung der SPD zu den politischen Fragen, ihre klare Überzeugung, daß sie sich an die Probleme herantritt, die ihr in immer größerer Zahl kommen. Die weitere Kreise des deutschen Volkes den Weg öffnet. Da sie die einzige Partei eine Vergangenheit nachweist, deren Richtigkeit durch die Geschichte klar und eindeutig bestätigt wird, kann sie auch die Zukunft des deutschen Volkes auf einem hohen Niveau austragen. Und sie hat dies auch in diesem Wahlkampf getan. Für sie war der Wahlkampf vordringlich, den Wahlkampf sachlich und ritterlich zu führen. Wenn die Christlich-Demokratische Union behauptet, daß die marxistischen Parteien, besonders die SPD in Nordbaden ein Sozialistisches Bekenntnis haben, so ist dies nicht die Wahrheit. Die SPD, die in diesem Wahlkampf hat, dies ihrem Charakter entspricht, zu allen aufgeworfen weltanschaulichen Problemen klar Stellung nehmen, auch zu der Frage der Religion und der zentralen Fragen der Politik. Die SPD weisen können, daß sie in der Politik, in der sie steht und so auch heute Toleranz übt und aber auch verlangt. Wenn sie behauptet, daß sie diejenige Partei sei, die wahres Christentum so kann die Wahrheit in Erscheinung getreten sein, wenn sie erklärt, daß die SPD heute von niemandem bedroht ist, und daß es erfolgreich wäre, wenn die Diener der Kirche im Geiste des Christentums und der Bekehrung handeln sollten, so muß sie dies tun, weil in der Namensgebung „Christlich-Demokratische Union“ eine Stellungnahme zu Christentum und Kirche geradezu heraufbeschworen wurde. Für sich das Monopol, allein christlich zu sein, zu reklamieren, ist an und für sich schon weder sachlich noch ritterlich. Die Millionen anderer Wähler, die in der Kirche gehen und üben, sind in der Vergangenheit es mit Recht als eine Provokation, wenn eine Partei den Begriff „christlich“ parteipolitisch unterstreicht. Die CDU sieht wohl den Spalter in des Nachbars Anze, überieht aber geduldsvoll in der Reihen der CDU getreten, sondern Aufklärungen, und zwar Aufklärungen, wie es das Gesetz der Wahrheit erfordert. Die CDU behauptet weiterhin, daß staatsmännische und allgemeine leitende Gesichtspunkte im Verlauf des Wahlkampfes von der SPD, die in die Führung beansprucht, wenig in Erscheinung getreten seien. Nun, gerade die SPD kann für sich voll auf beanspruchen. Politik nach großen staatsmännischen Gesichtspunkten, wie einzugs schon erwähnt, betrieben zu haben. Die SPD ist niemals eine Partei von Opportunisten gewesen und wird es auch nicht werden. Ihre Politik hat in allen Staaten höchste Achtung und Anerkennung gefunden, in Amerika, England, Frankreich und auch anderen Ländern. Dort ist man über die Politik der SPD mit Bewunderung erfüllt und erklärt sich bereit, sich mit ihr in der Anstrengung, ein demokratisches und sozialistisches Deutschland als Teil einer demokratisch-sozialistischen Welt zu schaffen, zu vereinigen. In der grundsätzlichen Politik liegt die innere Stärke der SPD. Und hier wird sie in immer stärkerem Maße von den breiten Massen des deutschen Volkes verstanden. Die SPD wird die Wahrheit ihrer Politik führen ihr die Wähler zu und nicht das annehmbare Bestreben, Verwirrungen in die Reihen der CDU zu tragen. Die Gründe der Wahlverschiebungen liegen tiefer und nicht nur die Charakteristik einer ausgesprochenen Sommerwahl mit allen Begleiterscheinungen hat den Wandel von 30. Juni gegenüber den vorausgesetzten Wahlen verändert.

Dr. Erich Nies, Heidelberger Landesvorstand der SPD Baden

Gegen separatistische Tendenzen

Eine Erklärung Dr. Schumachers

Hann, 8. Juli. (DANA) Alle separatistischen Tendenzen in Südbadens, so erklärte der Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, auf einer Versammlung in Hann, hätten den sehr den Anschluß an das deutsche Volk, sondern vielmehr an den dänischen Speck im Auge. Er werde deshalb in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender die Flensburger Bezirksgruppe der SPD auflösen, weil sie eine Volksabstimmung für das Gebiet Südbadens und die eventuelle Aenderung der deutsch-dänischen Grenze von 1921 gefordert hat. Alle separatistischen Tendenzen seien im gegenwärtigen Entwicklungsstadium ein besonders „schweres Verbrechen. Sogar die dänischen Sozialisten betrachteten die augenblickliche deutsch-deutsche Grenze als endgültig. Deutsche dagegen, die heute ihre Dienste den Dänen anbot, seien dabei nur von dem Gedanken getrieben, sich vor der Zahlung der Schulden zu drücken, die das Dritte Reich hinterlassen hat.

Aus der Berliner SPD

Berlin, 8. Juli. (DANA) Ueber die Gründe seines Rücktritts aus dem Vorstand der Berliner SPD sagte Karl J. Germer jun., er habe nun seinen Auffassungen über den Neuaufbau der SPD und

eine nach seiner Meinung notwendigen Aenderung der weltanschaulichen Grundlagen der Partei in letzter Zeit stark im Gegensatz zu Vertretern des „orthodoxen Marxismus“ gestanden. Einem von der Partei gegen ihn eingeleiteten Verfahren wegen Betrug der Parteiführer habe er sich nicht stellen wollen, weil er dem dafür vorgeschenen Forderungschuß die nötige Autorität nicht anbringen könne. Karl Germer gab in einem Schreiben an Dr. Kurt Schumacher und an den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hoegner die Gründe für seinen Rücktritt an und informierte sie über die augenblickliche Situation innerhalb des Berliner SPD-Vorstandes.

Berlin, 8. Juli. (DANA) Drei Mitglieder der SPD, Julius Scherff aus dem Vorstand der Partei und die Mitglieder Lewenthal und Klaus werden nach Mitteilung des Vorsitzenden der SPD, Franz Neumann, seit mehreren Tagen vermisst. Alle drei wohnen in der sowjetischen Zone Berlin. Wie der Vorstand der Berliner SPD bekanntigt, blieben alle Nachforschungen bisher ohne Erfolg. Die Berliner SPD hat beim Kommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin um eine Rücksprache nachgesucht.

Am 6. Juli bedingte Teilnahme der Aufmerksamkeit kann man nunmehr der Blick wieder auf jene Vorgänge gelenkt werden, die mehr als eine reichlich problematische Verfassung unser künftiges Schicksal im größeren Rahmen einer noch ferneren europäischen Gemeinschaft und der Welt bestimmen.

